

# Newsletter Nr.41, zusammengestellt von Dr. Helmut Pöltelt

## Teil 2

### Tyrannie der Werte

Die Idee universalistischer Menschenrechte scheitert an der Wirklichkeit. Trotzdem hält der Westen kompromisslos daran fest.



Norbert Bolz

Wir haben uns daran gewöhnt, dass ständig Werte beschworen werden, die unsere Gesellschaft, ja die westliche Welt zusammenhalten sollen. Die Aggressivität solcher Appelle zeigt sich darin, dass Werte immer Unwerte negieren. Man kann nichts positiv bewerten, ohne anderes abzuwerten. Max Weber hat vom ewigen Kampf der Werte gesprochen. Aber man muss es noch schärfer formulieren. Schon bei dem Philosophen Nicolai Hartmann und dem Staatsrechtler Carl Schmitt ist zu Recht von einer Tyrannie der Werte die Rede. Aktuell ist Schmitts Einsicht, dass «die Äusserung äusserungsunwerter Meinungen zu unterdrücken» in der Logik der Werte liegt. Heute nennt man das **Cancel-Culture**.

#### **Rousseaus Zivilreligion**

Wenn die westliche Wertegemeinschaft beschworen wird, dann widerspricht das dem Selbstverständnis eines säkularisierten Staates. Es handelt sich um das Inkognito einer Religionsgemeinschaft. Schon bei Rousseau nimmt die sogenannte Zivilreligion auch die Form eines Wertefundamentalismus an, der intolerant ist, weil er ein Bekenntnis fordert und es nicht bei der Einhaltung von

geltenden Gesetzen belässt. Gefährlich für die Freiheit wird es also, wenn Gesinnungsvorbehalte gemacht werden, die immer vom Subjektivismus des Zeitgeistes abhängig sind – **heute ist das die Ideologie der «Wokeness»**. Der wertfühlende Einzelne lässt seinen Emotionen und seiner Unduldsamkeit freien Lauf.

Vom früheren Richter des Bundesverfassungsgerichts Ernst-Wolfgang Böckenförde stammt der Satz: «Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.» Diese «vor-rechtlichen Voraussetzungen» für ein Funktionieren des Staates wollte eben jene Zivilreligion Rousseaus schaffen. Das war schon eine Reaktion darauf, dass sich der christliche Staat aufgelöst hatte. Und erst das 19. Jahrhundert hat mit dem Nationalstaat ein erfolgreiches Nachfolgemodell entwickelt.

Durch die Weltkriege ist auch der Nimbus der Nation entzaubert worden. Deshalb sucht der säkularisierte Staat der Moderne eine neue Legitimationsgrundlage in der «Wertegemeinschaft». Sie soll uns einerseits als eine Art Ersatz-Naturrecht aus der Nihilismus-Krise einer blossen positivistischen Legalität herausführen. Und andererseits nach den Schrecken des Nationalsozialismus die Sehnsucht nach verbindlichen sittlichen Massstäben erfüllen.

Diese «Wertegemeinschaft» versteht sich als universalistisch. Ihre Menschenrechte sollen für alle gelten, und ihre Werte wollen unstrittig sein. Kant hat das so begründet, dass «die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird». Das ist – für uns! – im Zeitalter der Massenmedien evident. Aber wir müssen doch erkennen, dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Universalismus der Menschenrechte Verstandesmythen sind, die nur wir im Westen für zwingend halten.

Wir haben es hier mit dem Paradoxon der «universalistischen Perspektive» zu tun. Gemeint ist, dass das, was aus unserer Perspektive als «universal» erscheint, für die anderen nur als «westlich» erscheint. Deutlicher: Den westlichen Universalismus erfährt der Rest der Welt als Imperialismus. Das hat der Historiker Samuel Huntington sehr gut gezeigt.

Dass «universalistische Perspektive» ein Paradoxon, ja ein Widerspruch in sich ist, kann man aber auch als kritische Selbstanwendung verstehen. Mit anderen Worten: Die abendländische Rationalität vollendet sich in der Einsicht, auch nur eine Perspektive zu sein, die einen blinden Fleck hat. Der ethische Universalismus wäre dann also das unaufhebbare Vorurteil des Westens. Denn man kann nicht alle Kulturen respektieren und gleichzeitig an der Universalität der Menschenrechte festhalten.

Den Humanitarismus des Westens hat der Philosoph Arnold Gehlen aber gerade durch die Kategorie der «acceptance» charakterisiert: Man nimmt jeden so, wie er ist – und entsprechend akzeptiert man auch jede Kultur so, wie sie ist. Man könnte von der Geburt einer Weltethik aus dem Trauma der Weltkriege sprechen. Dass der Erste Weltkrieg das Vertrauen der westlichen Welt in sich selbst zerstört hat, dass er nämlich «unseren Stolz auf die Errungenschaften unserer Kultur» gebrochen hat, notiert Freud schon im November 1915 in der Glosse «Vergänglichkeit».

### **Wir sitzen in der Falle**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Universalismus der Menschenrechte in der westlichen Welt dann unwiderstehlich. Man hat das vielfach aber «humanitaristisch» missverstanden, als folge aus der Gleichheit aller Menschen, dass wir allen Menschen auf der Welt gleichermassen verpflichtet wären. Bei Licht betrachtet, muss man jedoch, erstens, einsehen, dass uns nicht alle gleich wichtig sind. Und zweitens, dass die politische Durchsetzung des ethischen Universalismus den Westen wieder zum Imperialismus zwingen würde.

So sitzen wir in der Falle des Universalismus der Menschenrechte, denn er ist unvollziehbar, aber wir können ihn offenbar nicht aufgeben. Seither schwankt die westliche Welt zwischen Heuchelei und dem, was Joseph Schumpeter «ethischen Imperialismus» genannt hat. Die Wertegemeinschaft bleibt ein Phantom.

xxx

# Von Parteien im Staat zum Parteienstaat

**FOCUS, Fabian Nicolay, 15.10.2022**

**Eine passiv-aggressive Verstummung ist im Gange, dumpfe Resignation breitet sich in der Bevölkerung aus. Das alles hat sich in den letzten Jahren schleichend durchgesetzt und ist politisch gewollt. Der deutsche Parteienstaat zeigt seine dunklen Seiten.**

Gelegentlich bekommen wir Zuschriften von Lesern, die bemängeln, dass wir zwar die beklagenswerten Zustände in Deutschland und Europa richtig beschreiben würden, aber die Frage offenbliebe, wie man sich konkret gegen diese Missstände und Zumutungen wehren könne; was geschehen müsse, um Abhilfe zu schaffen. Wir verstehen das: Zuweilen verzweifeln Menschen, wenn sie zu lange auf Unzumutbarem herumkauen, das einfach nur bitter schmeckt. Sie wollen das in ihren Augen Allerschlimmste verhindern und fragen uns nach Möglichkeiten der Artikulation und Sammlung. Diese Menschen sind zunehmend ungeduldig und nahe der Kompromisslosigkeit. Andere wiederum haben schon resigniert, ziehen sich im Gefühl der Machtlosigkeit zurück, verstummen und sind frustriert, dass die „offene“ Gesellschaft sie nicht anhören will und diffamiert. Das alles hat sich in den letzten Jahren schleichend durchgesetzt und ist politisch gewollt. Der deutsche Parteienstaat zeigt seine dunklen Seiten.

Eine passiv-aggressive Verstummung ist im Gange, dumpfe Resignation breitet sich in der Bevölkerung aus. In Erwartung der Folgen von Preissteigerungen, Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit, Kälte und Mangel hat sich ein Klima der Freudlosigkeit über das Land gelegt. Es gibt jedoch zahlreiche Menschen, die regelmäßig auf die Straße gehen und demonstrieren, aber man hört fast nichts davon in den „Leitmedien“. Eine verunsicherte Republik im Dauerzustand der Sorge um die Zukunft ist der neue Status quo. Während kritische Bürger von der Politik ignoriert oder gegängelt werden, formieren sich die Reihen derer immer geschlossener, die der Staatsapparat mit Beraterverträgen, Kampagnengeldern, Zuschüssen und Kommunikationsbudgets, Projekt- und Kontrollaufträgen alimentiert.

Die ideologisch linientreue Klientel sammelt sich im warmen Nest der Staatsquote. Der Staat ist unterdessen parteiisch geworden. Die Parteien sind vollends als Funktionselemente in ihn diffundiert, haben die Gewaltenteilung unterwandert und üben von dort Herrschaft aus. Wenn die Staatsgewalten (Legislative, Exekutive und Judikative) von politischen Parteien bestimmt werden,

ist das Parteienherrschaft, wo eigentlich unabhängige Gewalten herrschen und sich gegenseitig kontrollieren sollten.

### **Protagonisten des Niedergangs machen besinnungslos weiter**

Obwohl das Selbstverständnis der Parteien als staatstragend verstanden wird, werden wir dennoch mit inkompetenten Politikern konfrontiert, die in einer langanhaltenden Schönwetterphase deutscher Nachkriegsgeschichte und auf den aufsteigenden Wachstumskurven des Wohlstands nach oben gespült wurden, aber zunehmend nur über Erfahrungswerte aus dem eigenen Parteiapparat verfügen. Diese in der Wirtschaftsrealität des Landes nie beheimateten Karrieristen können dem aktuellen Dauer-Krisenmodus nicht standhalten. Sie versagen zwangsläufig, weil ihnen das intellektuelle und ökonomische Handwerkszeug für den Umgang mit schicksalhafter Krisengeschehen vor dem Hintergrund juristischer, volkswirtschaftlicher und ethischer Anforderungen fehlt.

Viele von diesen Politikern haben die Zustände selbst gefördert, an denen sie heute scheitern. Man misstraut solchen „Eliten“ und traut ihnen nichts zu – vor allem keine zukunftssträchtige Energiepolitik und keine krisenfeste Wirtschaftspolitik, die dem Wohlstand nachhaltig und seriös verpflichtet ist. Auch keine Politik, die genuin deutsche Interessen oder die der „kleinen Leute“ vertritt, ist zu erwarten. Aber die Protagonisten des Niedergangs machen besinnungslos weiter.

Manche Leser sind regelrecht enttäuscht, dass wir keine Formeln für die Frage „Und jetzt?“ parat haben – als gäbe es eine Art journalistische Verpflichtung, die Kritik an den Zuständen mit dem Plan für die Systemänderung als inhaltliche Klammer abzuliefern. Aber dieses Junktim existiert nicht, da es um Journalismus geht. Die notwendigen Lösungen liegen in der Verantwortung der Politik und der Wähler. Auch wenn mancher jetzt ausrufen würde, dass genau das die Mutter aller Probleme sei und man das Ganze umstürzen müsse, sollten wir lediglich an unsere Rolle als unideologische und möglichst unparteiische Chronisten und Kritiker erinnern. Diese sind nicht minder wichtig und sie werden rar. Deshalb sind wir nicht nur keine Aktivisten, sondern können und wollen es auch nicht werden.

Wir müssen feststellen, dass es zum Erhalt des gegenwärtigen Parteienstaats genügend Mitmenschen zu geben scheint, die die herrschenden Zustände bevorzugen, sie für gut oder zumindest tolerierbar halten, sei es, weil sie fest überzeugt, verblendet, manipuliert oder schlicht ahnungslos sind – vielleicht auch alles zusammen. Auch metaphorische Begriffsmonster wie die „Große Transformation“ aus dem Munde des Polit-Personals machen sie nicht stutzig. Es

ist relevant: Wer darf bestimmen, wo es langgeht? An der mehrheitlich gewählten Politik kann man erst wieder zur nächsten freien, demokratischen Wahl etwas ändern, oder etwa nicht? Hat sich die Demokratie vielleicht so oft gehäutet, dass keine Substanz mehr da ist?

## **Der Parteienstaat alimentiert seine eigene Lobby**

In postdemokratischen Zeiten verhärtet sich illegitimer Machtanspruch und bedarf keiner Mehrheitsverhältnisse mehr. Die Tendenzen sehen wir überall da, wo das „Wohl des Volkes“ mit partei-ideologischen Mitteln als moralistischer Überwurf verhandelt wird, mit betreutem Denken, Gesinnungs-Ethik und Bevormundung. Wo die Meinungsbildung Mitteln staatlicher Beeinflussung und Repression ungeschützt ausgesetzt ist, entsteht keine offene Gesellschaft, sondern das Gegenteil.

Vorbote des vollendeten Parteienstaats ist die Kontrolle der Information. Deutschland ist da „sehr gut“ aufgestellt, denn es leistet sich eines der weltweit teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunksysteme, das seine konstitutionelle Verpflichtung zur Ausgewogenheit ignoriert und stattdessen politische Hofberichterstattung und Volkserziehung betreibt.

Es werden darüber hinaus hunderte Steuermillionen in Institutionen, Stiftungen und Privatunternehmen gesteckt, die die „Wahrheit“ betreuen und Fakten einer gesinnungstechnischen Prüfung unterziehen. Diese geprüfte „Wirklichkeit“ wird dann mit Labeln versehen, die dem Leser wie an der Fleischtheke signalisieren sollen, ob die Informationen in geistiger Bodenhaltung oder Freilandkultur entstanden sind. Das alles ist natürlich keine staatliche Zensur, sondern nur die Dienstleistung gesinnungseifriger Politikerklärer... So alimentiert der Parteienstaat seine eigene Lobby und betreibt nebenbei viele kleine Wahrheitsministerien in den Redaktionsstuben der Republik.

Eigentlich steht im Grundgesetz über die Aufgabe der Parteien, dass sie bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, und nicht, dass sie diese Willensbildung über staatliche Institutionen betreiben sollen. Sie tun es trotzdem. Nur vereinzelt regt sich Kritik an der Überformung unseres Staates zum Parteienstaat. Das Problem ist, dass den Bürgern der Vorgang einer schleichenden Vereinnahmung aller systemrelevanten Gewalten und Medienträger durch die Parteien nicht ins Bewusstsein rückt und sich nicht als gesellschaftliche Gefahr darstellt.

Wikipedia schreibt zum „[Parteienstaat](#)“:

*„Der Volks- oder Gemeinwille wird damit vor allem von den politischen Parteien geprägt. Den Parteien [Anm.: Dem Parteienstaat] wird eine ausgeprägte Selbstbedienungsmentalität der Parteien und Parteipolitisierung des Beamtentums nachgesagt, zudem die Bildung eines Kartells der Parteiliten – eine 'politische Klasse', die nur aus selbstsüchtigen Gründen an der Systemerhaltung interessiert ist. Nicht wenige deuten dies als 'Verfallserscheinung der Republik' und als demokratiewidriges Emporkommen eines fast 'absolutistischen Caesarismus des oder der Parteiführer'. In Deutschland gilt der Marsch der Parteien durch die Institutionen des Staates als besonders bedenklich, sie haben es sich mit staatlichen Geldern komfortabel eingerichtet.“*

xxx

## Umstrittene Wahrheit

Darf ich feststellen, dass es nur zwei Geschlechter gibt?



Anabel Schunke

Eine Headline lautete unlängst: «Twitter sperrt umstrittene Gender-Biologin Vollbrecht». Ihr Verhängnis war, dass sie sich mit biologischen Fakten in die ideologisierte Geschlechter-Debatte einmischte. Weil sie sagt, es gebe Mann und Frau, ist sie: «umstritten».

Ich mag dieses Wort nicht, weil es lediglich den Versuch einer subtileren Diskreditierung zur Bezeichnung «rechts» darstellt. Es soll anders klingen, weil sich das Alle-sind-Nazis-Schema mittlerweile abgenutzt hat, aber gemeint ist dasselbe. Wer «umstritten» ist, gehört zu den Aussätzigen und verrät bereits, dass man sich mit den Aussagen der «umstrittenen» Person nicht tiefergehend auseinandersetzen muss.

Das ist umso bedauerlicher, als man heute nicht mehr viel tun muss, um als «umstritten» zu gelten. Allein die Abweichung von der woken Ideologie reicht aus. Sprache ist Macht. Das haben die linken Wortführer früher verstanden als



der Rest. Wer in der Demokratie Meinungsfreiheit einschränken und Menschen canceln will, muss subtiler vorgehen. Man kann die Leute nicht in den Kerker sperren, also muss man sie anderweitig unmöglich machen, indem man sie als Rechte, Trans-, Homo- oder Islamophobe bezeichnet. Und selbst der Wissenschaftler wirkt plötzlich unseriös, wenn er als «umstritten» gilt.

Bedauerlich ist das auch, weil wir dadurch plötzlich in Zeiten leben, in denen der ideologische Wunschgedanke der multiplen, frei wählbaren Geschlechter zur unumstößlichen Wahrheit wird und die biologische Evidenz, dass es nur zwei Geschlechter gibt, zur «umstrittenen» Aussage. Als handle es sich hierbei um eine Meinung, die man noch dazu nicht sonderlich ernst nehmen muss.

***Es soll anders klingen, weil sich das Alle-sind-Nazis-Schema abgenutzt hat, aber gemeint ist dasselbe.***

Und wenn die sprachliche Diskreditierung von linker Seite nicht ausreicht, kommt die sogenannte «Hasskriminalität» ins Spiel. Wer der woken Ideologie widerspricht, verbreitet «Hass und Hetze» – und muss bestraft werden. Je nach Schwere und Häufung der Verstöße mit temporären Sperrungen oder dauerhafter Löschung. Dabei wird der Korridor des Sagbaren immer weiter verengt und der Katalog dessen, was als «Hassrede» gilt, beliebig ausgeweitet. Tolerant ist man nur noch dort, wo es um nach linker Lesart «Kavaliersdelikte» wie etwa Islamismus und Antisemitismus geht.

Marie-Luise Vollbrecht ist jedenfalls nicht die Einzige, die für Kritik an der Gender-Ideologie gelöscht wurde. Auch die Publizistin Birgit Kelle wurde von Twitter gesperrt, nachdem sie darauf hingewiesen hatte, dass im Vorstand des ersten schwul-lesbischen Kita-Projekts in Berlin der Pädophilen-Versteher Rüdiger Lautmann sitzt. Beide sind inzwischen dank Rechtsbeistand wieder auf Twitter zu finden. Allerdings wäre es schön, wenn Meinungsfreiheit und vor allem das Recht, wissenschaftliche Fakten auszusprechen, nicht von einem guten Anwalt abhinge, der nicht für jeden erschwinglich ist.

Denn das ist das Entscheidende. Es geht nicht mehr länger nur um die Freiheit, eine Meinung aussprechen zu dürfen. Nein, mittlerweile geht es noch um mehr, nämlich um die Frage, inwiefern biologische Gewissheiten noch ausgesprochen werden dürfen. Darf ich, ohne jede beleidigende Absicht, feststellen, dass die transsexuelle Bundestagsabgeordnete Tessa Ganserer von den Grünen rechtlich und biologisch ein Mann ist, oder gilt schon die Benennung dieser Tatsachen als Beleidigung, die künftig unterbunden werden muss?



Mit dieser Frage wird sich in meinem Fall ein Gericht beschäftigen, nachdem ich genau hierfür von Facebook wegen «Hassrede» sanktioniert worden bin. Ein Antrag auf einstweilige Verfügung gegen das Unternehmen wurde zuvor mit dem Hinweis abgelehnt, dass meine Äusserung in der Wahrnehmung der Betroffenen «psychische Gewalt» darstellen könne.

**Was zählt also mehr? Biologische Wahrheit oder die «Wahrnehmung» des Betroffenen?** Und wenn wir den Gefühlen künftig Vorrang vor der Wahrheit geben, wo fangen wir an, und wo hören wir auf, in einer Welt, in der sich seit einiger Zeit alles und jeder durch irgendetwas in selbigen verletzt fühlt? Was sagt es über einen Rechtsstaat aus, wenn selbst die Justiz im Falle einer Person, die im rechtlichen und biologischen Sinne ein Mann ist, in einem offiziellen Schreiben von der «Bundestagsabgeordneten Tessa Ganserer» spricht?

**Leben wir noch in einer liberalen Demokratie oder schon in einem orwellischen Albtraum? Oder anders gesagt: Kann die Wahrheit «umstritten» sein?**

xxx

## Warum die Krim für Russland unverzichtbar ist



Wolfgang Koydl

Nördliche Länder haben südliche Sehnsuchtsorte. Für Deutsche und Schweizer ist dies Italien, für Russen traditionell die Krim. Der milde Zephyr, den Goethe verspürte, weht auch am Schwarzen Meer. Was dem einen die Toskana, ist dem anderen Feodossija. Und Anton Tschechows Dame spaziert mit ihrem Hündchen auf der Strandpromenade von Jalta.

Freilich würde noch nicht einmal ein Wahnsinniger romantische Gefühle zur Basis machtpolitischer Demonstrationen machen. Aber die Halbinsel, fast so gross wie Belgien, stand immer wieder im Mittelpunkt gewaltsamer Konflikte. Den

Krimkrieg (1853–1856) zwischen dem Zarenreich und einer westlichen Allianz, die sich hinter das Osmanische Reich stellte, kann man als ersten modernen Medienkrieg bezeichnen. Dank Telegrafie und Fotografie wurde Europas Öffentlichkeit so schnell und umfassend wie nie zuvor informiert.

Damals ging es, wie auch heute, um die Kontrolle im Schwarzen Meer. Daher ist die Krim für Russland von enormer strategischer Bedeutung.

Sichtbarer Ausdruck dieser Militärmacht ist Sewastopol, das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte, der einzige dafür geeignete Tiefseehafen. Am ehesten lässt sich die Situation mit Faslane vergleichen, wo Britanniens Atom-U-Boote liegen. Nie würde London einer fremden Macht die Kontrolle darüber gestatten – weshalb aus einer Unabhängigkeit Schottlands wohl nichts wird.

### **Geplanter Nazi-«Gotengau»**

Nato-Einheiten in Sewastopol wären denn auch ein Albtraum, der in Russlands kollektivem Gedächtnis Erinnerungen an jene Jahrhunderte auslöste, in denen die Krim eine ständige Bedrohung war. Das Khanat der Krimtataren unternahm immer wieder Raubzüge, zerstörte Ernten und Dörfer und verschleppte die Bauern als Sklaven.

Erst 1783 eroberte Fürst Potemkin für seine Zarin Katharina die Halbinsel und erklärte sie «von nun an und für alle Zeiten» für russisch. Aus potemkinschen Dörfern wurden blühende Städte, die Tataren flüchteten zu ihren osmanischen Glaubensgenossen, und für sie warb man in Westeuropa Siedler an, nicht zuletzt Deutsche.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war auch die Krim Spielball der blutigen Geschichte: mal unabhängig, mal von verschiedenen Mächten besetzt, darunter auch von Nazideutschland, das hier den «Gotengau» etablieren wollte. Den Preis zahlten Krimdeutsche und Krimtataren, die nach der sowjetischen Rückeroberung nach Zentralasien deportiert wurden. Die Krim aber blieb Teil Russlands.

Das änderte sich erst 1954, als Kremlführer Nikita Chruschtschow das Territorium in einem Verwaltungsakt der ukrainischen Sowjetrepublik unterstellte.

Nur die Bewohner der Krim protestierten gegen den Schritt, allgemein erregte er kein Aufsehen. Doch er schuf die Grundlage zum heutigen Konflikt.

Seit der Auflösung der Sowjetunion 1991 gab es mehrere Referenden über den Status der Krim. Als entscheidend wird die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Ukraine angesehen, als sich 54 Prozent der Bewohner dafür aussprachen – deutlich weniger als im Rest des Landes. Kiew hatte die Zustimmung durch weitgehende Autonomie-Zugeständnisse erkaufte, diese aber sukzessive wieder aufgehoben.

Es ist daher nicht ganz von der Hand zu weisen, dass sich bei dem 2014 von Moskau initiierten Referendum über einen Beitritt zu Russland tatsächlich eine Mehrheit dafür entschied – wenn auch vielleicht nicht die 96,77 Prozent, die offiziell angegeben wurden.

Klarheit würde wohl nur eine neue Abstimmung schaffen – durchgeführt von der Uno und international überwacht. Daran aber dürften weder Kiew noch Moskau ein Interesse haben.

## **Er stolpert durch Reden, spricht mit Toten, schüttelt Hände ins Leere. Wer lenkt Joe Biden, den mächtigsten Mann der Welt?**

Joe Bidens Aussetzer häufen sich. In der gefährlichsten globalen Krise seit Jahren drängt sich die Frage auf: Wer lenkt den US-Präsidenten? Die Antwort ist wenig beruhigend.



Urs Gehriger

Er stolpert durch seine Reden, spricht mit Toten und schürt Angst mit wirren Aussagen über das Ende der Welt. Amerikas Verbündete reagierten mit Konsternation auf Bidens jüngste Warnungen vor einem «nuklearen Armageddon» durch Putins

Atomwaffen. «Wir müssen mit Bedacht vorgehen, wenn wir uns zu solchen Themen äussern», mahnte Frankreichs Präsident Macron.

Die Welt fragt sich bange: Ist der alte Amerikaner mit dem Finger am «roten Knopf» nicht die grössere Gefahr als die Kriegsgurgel im Kreml?

Im Wahlkampf 2020 hatte sich Joe Biden als versierter Aussenpolitiker verkauft. Doch seit Jahren äussern selbst engste Weggefährten Zweifel an Bidens aussenpolitischer Klarsicht. «Unterschätzt nicht Joes Fähigkeit, Dinge zu verbocken», warnte Barack Obama, als dessen Vize Biden acht Jahre lang amtierte. Und Obamas ehemaliger Verteidigungsminister Robert Gates stellte in seinen Memoiren fest: «Biden lag bei jeder aussenpolitischen Entscheidung der letzten vierzig Jahre falsch.»

### **Schlüsselfigur Nuland**

Umso ernüchternder die Feststellung, dass Biden seit Jahrzehnten auf denselben Zirkel von Leuten vertraut. «Der Präsident wird von einem inneren Kader von einem halben Dutzend Beamten betreut, das ihn in- und auswendig kennt», so die britische *Times* mit Verweis auf Quellen im Weissen Haus. «Der Eintrittspreis für diesen Klub ist eine mindestens zehnjährige Zusammenarbeit mit Joe Biden.»

Dazu gehören Stabschef Ron Klain, der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan und Tony Blinken. Der Aussenminister ist das sichtbarste Mitglied aus Bidens Zirkel. Seit gut zwanzig Jahren ist Blinken Bidens Einflüsterer in weltpolitischen Fragen. In einer seltenen Rede über Amerikas Globalpolitik erklärte er vergangenen Herbst, die «Modernisierung» der amerikanischen Diplomatie sei ein Hauptziel der Biden-Regierung: «Wir sind Diplomaten, und wir werden unsere Diplomatie verstärkt hier zu Hause einsetzen, um sicherzustellen, dass unsere Politik die Bedürfnisse, die Wünsche und die Werte des amerikanischen Volkes widerspiegelt.»

Derzeit ist viel von westlichen Werten die Rede, die es global durchzusetzen gelte, jedoch kaum von der vielbeschworenen Diplomatie. Obwohl Blinken als Bidens enger Vertrauter gilt, sei er im aktuellen Konflikt mit Russland

konzeptionell nicht federführend, sagen Quellen mit langjähriger Erfahrung im Weissen Haus und engen Verbindungen ins Aussenministerium im Gespräch mit der *Weltwoche*.

Stattdessen fällt immer wieder ein Name: Victoria Nuland. Als Under Secretary of State for Political Affairs nimmt sie im Aussenministerium den dritten Rang ein, aber in Bezug auf Russland und die Ukraine gilt sie als eine Schlüsselfigur.

Nuland zählt zum Kreis der überzeugten Interventionisten, welche in den letzten dreissig Jahren die USA von einer Katastrophe in die nächste gestürzt und sich dabei jeder Verantwortung entzogen haben. 2003 amtierte sie als wichtigste aussenpolitische Beraterin von Vizepräsident Dick Cheney und half bei der Planung der Irak-Invasion, die unter dem falschen Vorwand, Saddam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen, orchestriert wurde. Sie zählte zu jenen Beratern, die darauf bestanden, dass es einfach wäre, Saddam zu stürzen und einen Verbündeten der USA zu installieren.

### «F\*\*k the EU»

2011 wurde sie Sprecherin des Aussenministeriums unter der damaligen Aussenministerin Hillary Clinton und half den Regimewechsel in Libyen in die Wege zu leiten. Eine Intervention, die wie im Irak in einen jahrelangen Bürgerkrieg mündete. Was Nuland nicht daran hinderte, für einen Regime-Change in Syrien nach dem Muster Libyens zu weibeln.

Ihre nächster «Tatort» war die Ukraine. Im September 2013 wurde sie zur stellvertretenden Aussenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten ernannt. Kurz nach ihrer Amtsübernahme begannen die Proteste gegen den russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowytsch auf dem zentralen Maidan-Platz in Kiew. Aus ihrem Engagement für die Aufständischen machte Nuland nie einen Hehl. Bereitwillig liess sie sich von den Medien filmen, wie sie Brot und Kekse unter demonstrierenden Regierungsgegnern verteilte.

Weniger offenherzig zeigte sie ihre Abneigung gegen ihre EU-Partner. Was Nuland wirklich über die Europäer dachte, erfuhr die Welt, als Anfang Februar 2014 die Tonaufnahme eines Gesprächs mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey

Pyatt, publik gemacht wurde. In dem vierminütigen Mitschnitt klatschte sie die diplomatischen Kompromissversuche der europäischen Partner mit einem «F\*\*k the EU» ab. Nuland wollte im Namen der damaligen Obama-Regierung sicherstellen, dass die Regierung Janukowytsch entfernt würde. Was auch gelang. Nuland, deren Vorfahren aus Bessarabien am Schwarzen Meer stammen, das einst zu Russland gehörte, bewegt sich in der Ukraine also auf vertrautem Terrain. Was führt sie dort zurzeit im Schild? Letzte Woche äusserte sie sich auf CNN mit klaren Worten.

Auf die Frage von Starreporter Wolf Blitzer, ob die Amerikaner Selenskyjs Maximalforderung, die Krim zu befreien, unterstützten, stellte Nuland zunächst fest: «In erster Linie ist die Krim eine ukrainische Halbinsel, sie war schon immer eine ukrainische Halbinsel. Der Grund, warum sich die Ukrainer bei ihrer Gegenoffensive so gut geschlagen haben, ist, dass sie für ihr Heimatland kämpfen [ . . . ] Und deshalb helfen die USA und unsere Verbündeten der Ukraine bei der Rückeroberung ihrer Heimat.»

Nuland liess keine Zweifel an der Entschlossenheit der Amerikaner in ihrem militärischen Engagement offen: «Sie [die ukrainischen Truppen] haben in der letzten Woche erstaunliche Fortschritte gemacht», so Nuland. «Und wir werden sie auf ganzer Länge unterstützen. («And we will support them all the way through.») Einen Tag nach dem Interview wurde die Brücke über die Seestrasse von Kertsch gesprengt, die einzige Verbindung zwischen Russland und der Krim, worauf Putin den Krieg mit Angriffen auf zivile Ziele in der Ukraine eskalierte.

Flankiert wird Nuland von ihrem Ehemann Robert Kagan. Der neokonservative Historiker war ein Mastermind hinter dem Sturz Saddam Husseins und zählt zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der US-Aussenpolitik der letzten dreissig Jahre. Er ist bis heute ein vehementer Verfechter einer unipolaren «liberalen Weltordnung» unter Anführung der USA, die, sofern nötig, mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden müsse.

Ursprünglich den Republikanern zugeneigt, hat er mit der Partei gebrochen, als Trump zum Präsidenten gewählt wurde. In Trumps Entschlossenheit, sich von

internationalen Kriegsschauplätzen zurückzuziehen, sah Kagan eine existenzielle Gefahr für den Hegemon.

### **Zentraler Baustein der US-Strategie**

Umso erfreuter zeigte sich Kagan über die Reaktion der Europäer nach Putins Invasion. «Das Ausmass, in dem die demokratischen Verbündeten alle auf die USA geschaut haben, um die wesentliche Führung militärisch, aber auch in Bezug auf die Organisation der wirtschaftlichen Reaktion zu übernehmen, ist eine Art Beweis dafür, dass die USA immer noch enormen Einfluss im internationalen System haben», erklärte Kagan vor paar Wochen im Interview mit Yascha Mounk für den Podcast «The Good Fight». Und er legte offen, warum die Ukraine in der Strategie der US-Regierung eine zentrale Rolle spielt: «Die Ukraine ist entscheidend für die Existenz Russlands als Grossmacht. Wenn man sich die Landkarte anschaut, ist ein Russland ohne die Ukraine fast per Definition eine zweitrangige Macht.»

Kagan und seine Gesinnungsgenossen im Weissen Haus sind also bestrebt, Russland auf eine Regionalmacht zurückzustutzen. Werden Bidens Interventionisten an der Grenze Russlands haltmachen? Oder streben sie, wie bereits im Irak, in Libyen und der Ukraine, einen Machtwechsel in Moskau an?

Niemand aus der Regierung hat sich bislang über solche Pläne öffentlich geäussert. Ausser dem Präsidenten selbst. «Um Gottes willen, dieser Mann [Putin] darf nicht an der Macht bleiben», sagte Biden kurz nach der Invasion Russlands in der Ukraine vor der Presse. Seine Mitarbeiter buchstabierten umgehend zurück: Der Commander in Chief habe «nicht über Putins Macht in Russland oder einen Regimewechsel» gesprochen. Doch wie so oft, wenn die Sprecher des Weissen Hauses Aussagen des Präsidenten «richtigstellen», stellt sich die Frage: Hat der tatterige Präsident ausgeplappert, was seine Regierung insgeheim plant?

xxx



## Wer zählt Selenskyj?

Nach Erfolgen auf dem Schlachtfeld schraubt Ukraines Präsident seine Kriegsziele höher. Er fordert gar einen Regimewechsel in Moskau. Der Westen heizt das Spiel mit dem Feuer an.



Francis Pike

Wolodymyr Selenskyj, der 44-jährige Präsident der Ukraine, kann eine ziemlich ungewöhnliche Biografie vorweisen – ein Leben, das geradezu danach schreit, verfilmt zu werden. Die ersten Folgen hat er bereits produziert. In seinem früheren Leben als Schauspieler. 2015 begann seine Produktionsfirma Studio Kwartal 95 mit den Dreharbeiten zu der dreiteiligen TV-Serie «Diener des Volkes», in der Selenskyj einen ukrainischen Präsidenten spielt.

Noch ehe die letzte Folge lief, gründete Selenskyj die Partei «Diener des Volkes» mit ihm an der Spitze. Er begann als verlachter Aussenseiter und wurde 2019 Präsident der Ukraine mit einer Antikorruptionskampagne, die auf 73 Prozent der Stimmen kam. Es war zweifellos ein grosser Schritt für einen namenlosen Komiker, der sich als Filmschauspieler und als ukrainische Stimme des Bären Paddington einen Namen gemacht hatte.

Selenskyjs Schlachtruf lautete: «Ich bin kein Politiker. Ich bin nur ein einfacher Mensch, der dieses System einreissen will» – eine erfolgreiche Formel in einem Land, das im Korruptionsindex von Transparency International Rang 122 (von insgesamt 188) einnimmt.

## Star in Hollywood

Die Unbeflecktheit von Selenskyjs Präsidentschaft hielt der Realität allerdings nicht stand. Während er bemüht war, die Macht der ukrainischen Oligarchen zu brechen, indem er ihnen per Gesetz jede Beteiligung an der Privatisierung grosser Unternehmen untersagte und ihren Einfluss auf die ukrainischen Medien kritisierte, litt seine moralische Autorität unter einer Lawine von Korruptionsvorwürfen.

Aus den sogenannten Pandora Papers ging hervor, dass er und seine Partner Gelder in Offshore-Firmen auf Zypern, den Britischen Jungferninseln und in Belize geparkt hatten. Noch verheerender waren Vorwürfe, er habe 41 Millionen Dollar für den zweitreichsten ukrainischen Oligarchen, Ihor Kolomojskyj, gewaschen. Dieser Financier, der wie Selenskyj aus dem Verwaltungsbezirk Dnipropetrowsk stammt, wird inzwischen weltweit gesucht, weil er die PrivatBank um rund 5,5 Milliarden Dollar betrogen haben soll.

Selenskyj distanzierte sich zwar von seinem einstigen Förderer, doch Ende 2021 war sein Ruf ruiniert. Seine Umfragewerte waren auf 31 Prozent abgestürzt. Das war, bevor er seine grösste Rolle als Kriegspräsident übernahm, die nach Auftritten auf der Weltbühne verlangte. Am 3. Februar, nur wenige Tage nach dem Beginn der russischen Invasion, kam Selenskyj auf 86 Prozent Zustimmung.

***Atomwaffen sind mit gutem Grund begehrt. Man spielt nicht leichtfertig mit ihnen herum.***

Seine Auftritte als oberster Kriegsherr mögen ihm keinen Oscar eingebracht haben, aber er war der Star des Abends. Hollywood hüllte sich in die ukrainischen Farben. Stars wie Benedict Cumberbatch, Jamie Lee Curtis, Samuel L. Jackson und Tyler Perry traten mit gelbblauen Ansteckern oder Schleifen auf. Zum Zeichen der «Solidarität mit dem ukrainischen Volk, das sich gegen eine Invasion zur Wehr setzt» rief die Academy zu einer Schweigeminute auf. Hollywood lässt keine Gelegenheit aus, den jeweils neuesten Trends hinterherzulaufen. Die Grammy Awards machten es noch besser und ermöglichten Selenskyj einen Zoom-Auftritt.

Es war perfekt, wie immer. Seine Reden erinnern an Churchill. «Unsere Waffen sind unsere Wahrheit, und unsere Wahrheit liegt darin begründet, dass dies unser Land ist, es ist unser Land, es sind unsere Kinder, und wir werden unser Land verteidigen. Ruhm der Ukraine!» War das unrasierte Gesicht und der olivgrüne Militärlook eine Idee der Kostümabteilung seiner Produktionsfirma? Brillanter Einfall. Selbst Präsident Macron kopierte ihn und trat vor der letzten Wahl unrasiert und mit Hoodie auf.

Selenskyjs heroische Weigerung, Kiew zu verlassen und sich in Sicherheit bringen zu lassen, trug entscheidend zur Bereitschaft des Westens bei, uneingeschränkt finanzielle und militärische Hilfe zu leisten. Eine angeblich zerstrittene Nato versammelte sich vereint hinter dem obersten Kriegshelden der Ukraine.

Der Westen hat nicht nur Grundmaterial wie Munition, Gewehre und Schutzwesten geliefert, sondern auch hochmoderne Waffensysteme: Himars-Raketenwerfer, M777- und PzH-2000-Panzerhaubitzen, Selbstfahrlafetten vom Typ Zuzana und Krab, Panzerabwehrraketen, Stinger-Flugabwehrraketen und Harpoon-Schiffabwehrraketen. Die Lieferung von Switchblade-«Kamikaze»-Drohnen und wiederverwendbaren Langstreckendrohnen ist in Vorbereitung. Die Ukraine fordert 500 Panzer, 2000 gepanzerte Fahrzeuge, 1000 Drohnen sowie F-18-Kampfflugzeuge.

Bislang sind mehr als 62 Milliarden Dollar an die Ukraine geflossen, aus Europa nur 9 Milliarden Dollar – nicht mitgerechnet sind «softe» Beiträge wie das Angebot der britischen Regierung, 10 000 ukrainische Soldaten auszubilden, oder die Starlink-Satelliten von Elon Musk, die einen Internetzugang ermöglichen. Wenn Präsident Putin beklagt, Russland führe einen Stellvertreterkrieg mit dem Westen, hat er faktisch recht. Dank Selenskyj ist die ukrainische Armee so ausgerüstet, dass sie schon fast siegen muss.

Nun, da die Ukrainer östlich von Charkiw vorstossen und eine Einkesselung russischer Verbände in der Region Cherson im Süden droht, muss Putin eine komplette militärische Niederlage befürchten. Die russische Armee, die einen Grossteil ihrer Ausrüstung, erfahrene Kommandanten und Soldaten verloren hat,

ist mehr oder weniger am Boden. Der ehemalige CIA-Direktor General Petraeus hat erklärt, dass «Putin auf dem Schlachtfeld vor einer unwiderruflichen Situation steht». Neutrale Staaten wie die Türkei und Indien haben sich von ihm abgewendet. Selbst seine eigenen Medien und Regierungsmitarbeiter stehen dem Krieg und der Kriegsführung zunehmend kritisch gegenüber.

### **Aufrufe zu «Präventivangriffen»**

#### ***Selbst Präsident Macron kopierte ihn und trat vor der letzten Wahl unrasiert und mit Hoodie auf.***

Auf den Rückzug der russischen Armee reagiert Putin, indem er noch nachdrücklicher auf der Rechtmässigkeit der Invasion besteht. Auf die Teilmobilisierung von 300 000 «Reservisten» folgten die Scheinreferenden, mit denen die Annexion der ostukrainischen Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson legitimiert werden sollte. Diese Massnahme erscheint noch ominöser angesichts Putins Drohung, die territoriale Integrität Russlands mit allen Mitteln zu verteidigen, vermutlich inklusive der annektierten ukrainischen Gebiete. Dass Putin auf den Abwurf der amerikanischen Atombombe auf Hiroshima anspielte, macht deutlich, wie seine unausgesprochene Drohung zu verstehen ist; er selbst sagt, es sei kein «Bluff».

Angesichts der Erfolge der ukrainischen Gegenoffensive ist Selenskyj nun versucht, die russischen Truppen auf die Stellungen vor 2014 zurückzudrängen – also auch die Krim und die abtrünnigen Teile von Luhansk und Donezk zurückzuerobern. Bislang ist Selenskyjs Antwort auf Putins indirekte nukleare Drohung unklar. In einem Interview mit Bild-TV versicherte er: «Ich glaube nicht, dass er diese Waffen einsetzen wird», sagte dann aber, er «glaube nicht, dass die Welt es zulassen wird, dass er diese Waffen einsetzt». Wie genau die Welt das erreichen will, hat er nicht gesagt. Durch einen Präventivschlag der Nato? Ein anderes unklares Statement Selenskyjs, in dem er die Nato zu «Präventivangriffen» aufrief, wurde von seinem Sprecher Serhij Nykyforow denn auch sofort relativiert.

Selenskyjs Andeutungen im April, dass er bereit sei, Friedensverhandlungen mit Putin auf Grundlage einer garantierten ukrainischen Neutralität zu führen, haben

sich mittlerweile verflüchtigt. Inzwischen werden Reparationsforderungen in Höhe von 110 Milliarden Dollar für Kriegsschäden erhoben. Wer würde Selenskyj diese extreme Position verübeln? Zerstörungen apokalyptischen Ausmasses und abscheuliche Verbrechen in Butscha und Isjum haben die Rechtmässigkeit der ukrainischen Sache nur gestärkt.

In der Bergpredigt heisst es: «Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.» Aus westlicher Sicht sind die Ukrainer in ihrem Durst nach Gerechtigkeit zweifellos selig, aber wird Präsident Selenskyj jemals satt sein?

Inzwischen hat Selenskyj ein Dekret unterzeichnet, das die «Unmöglichkeit von Verhandlungen mit Wladimir Putin» formal bekräftigt. Was das heisst, ist klar: Für Selenskyj ist ein Friede nur möglich, wenn es in Moskau einen Regime-Change gibt.

Immer mehr Menschen im Westen beobachten mit Sorge die Eskalation des Krieges. Selenskyj scheint die Welt immer tiefer in den Konflikt zu ziehen. Die Frage drängt sich auf: Wer zähmt Selenskyj? Am ehesten sind die Amerikaner dazu in der Lage. Aber dort scheinen die federführenden Kräfte eine komplette Rückeroberung der Ukraine in den Grenzen von 2014 zu befürworten. Viele Beobachter vermuten gar, dass auch Washington einen Regime-Change in Moskau wünscht.

### **Gefährliche Zuspitzung**

In ihrer Unterstützung für die überfallene Ukraine vergessen viele, welche Gefahren Selenskyjs unversöhnliche Haltung birgt. Russland verfügt über Atomwaffen, und im äussersten Fall, so die Annahme, wird Putin sie auch einsetzen. Die aggressive Rhetorik in Kiew und Washington lässt vermuten, dass weder der Westen noch Putin einlenken werden. General Petraeus erklärte gegenüber ABC, dass die Nato, falls Atomwaffen eingesetzt würden, «jeden russischen konventionellen Verband, den wir auf dem Schlachtfeld identifizieren können, und jedes Schiff im Schwarzen Meer ausschalten würde».

In diesem Fall würden, zum ersten Mal in der Geschichte, zwei atomar ausgerüstete Kontrahenten einen konventionellen Krieg gegeneinander führen.

Biden warnte kürzlich vor einem «Armageddon», weil Putins angedrohter Einsatz von taktischen Nuklearwaffen kein Scherz gewesen sei. Doch wie schon so oft nahm Bidens Sprecher diese alarmistische Erklärung wieder zurück. Gleichwohl sind die Anzeichen einer gefährlichen Zuspitzung unübersehbar. Wir sehen es in der Eskalation, die sich in dem Anschlag auf die russische Kertsch-Brücke am vergangenen Wochenende zeigte, und in Putins brutaler Reaktion, den gnadenlosen Angriffen auf zivile Objekte in der ganzen Ukraine.

Man kann nur hoffen, dass moderate Stimmen auf den tatterigen Joe Biden, den besessenen Autokraten Wladimir Putin und den vom Komiker zum Kriegsherrn aufgestiegenen Wolodymyr Selenskyj einwirken. Atomwaffen sind mit gutem Grund begehrt. Man spielt nicht leichtfertig mit ihnen herum. Wer bereit ist, sie einzusetzen, riskiert die Auslöschung der Menschheit. Und das ist das Problematische an Selenskyjs Rechthaberei. Es ist sinnlos, im Recht zu sein, wenn man tot ist.

**Aus dem Englischen von Matthias Fienbork**

xxx

## **Bismarck am Bosphorus**

Machtpolitisch virtuos spielt er Russland, die USA und Europa gegeneinander aus. Nun wartet auf Recep Tayyip Erdogan die schwerste Aufgabe: die türkischen Wahlen.



Soner Cagaptay

## **Washington, D. C.**

Nationen, die einst grosse Imperien waren – etwa die Türkei, Russland, China und das Vereinigte Königreich –, haben oft ein verklärtes Bild von ihrer historischen Blütezeit. Das führt zu der Neigung, sich von Politikern inspirieren, mitunter auch manipulieren zu lassen, die diese Erzählung repräsentieren und bedienen. Wer die moderne Türkei verstehen will, muss einen Begriff von der imperialen Vergangenheit der Türkei haben. Denn das Bild, das Türken von ihrem Platz in der Welt haben, wird bis heute von einer romantischen Vorstellung vom Osmanischen Reich geprägt.

Recep Tayyip Erdogan, der Präsident der Republik, dominiert seit 2003 die türkische Politik. Er, der dreizehn Mal Wahlen gewann und in den vergangenen zwei Jahrzehnten seine Machtposition festigen konnte, ist der bedeutendste Politiker seit Mustafa Kemal Atatürk, der 1923 die moderne Türkei auf den Trümmern des im Ersten Weltkrieg geschlagenen Osmanischen Reichs errichtete.

Atatürk, General in der osmanischen Armee, war entschlossen, die moderne Türkei als säkularen, europäischen Staat aufzubauen. Nach der Absetzung von Sultan Mehmet VI. wandte er sich immer stärker dem Westen zu. Indem er die staatliche Ordnung westlicher Länder übernahm, wollte er die Türkei auf einen Weg bringen, dessen Ziel der Grossmachtstatus war, der seinem Land rechtmässig zustünde.

Inspiziert von europäischen Vorbildern, setzte Atatürk eine strikte Trennung von Staat und Religion durch. Als Jakobiner regierte er das Land mit eiserner Hand bis zu seinem Tod im Jahr 1938. Er hinterliess einen laizistischen Staat, der auf den von ihm formulierten Prinzipien gründete, dem sogenannten Kemalismus.

Nachdem die Türkei 1950 ein demokratischer Mehrparteienstaat geworden war, hielten Atatürks demokratisch gewählte Nachfolger über Jahrzehnte an seinem säkularen Vermächtnis fest. Nach Ansicht dieser Kemalisten war Atatürks politische Ordnung zukunftsfähig und sollte unangetastet bleiben, auch wenn sich die ganze Welt im Umbruch befand.

Bis Erdogan auf der Bühne erschien. Atatürk regierte zwischen 1923 und 1938. Erdogan ist seit neunzehn Jahren an der Macht. Er hat grosse Teile von Atatürks Vermächtnis radikal zerschlagen oder umgebaut. In seiner Zeit hat sich das Land zu einer Autokratie entwickelt, die, Ironie der Geschichte, mehr an Atatürk erinnert als an die Türkei des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts.



Als «neuer Atatürk» hat Erdogan die Türkei nach seinen Vorstellungen umgebaut. Das Land ist entschieden islamischer und konservativer geworden. Und Erdogans «neue Türkei» schaut nicht mehr nach Europa, sondern wendet sich dem Nahen Osten zu. Indem sie Einfluss auf die Muslime in den ehemaligen osmanischen Provinzen im Nahen Osten und auf dem Balkan zu nehmen sucht, will die Türkei wieder zu einer Grossmacht aufsteigen.

## **Alte Rivalitäten**

### ***Trotz Militärhilfe für die Ukraine will Ankara die Beziehungen mit Russland nicht gefährden.***

Mit dieser aussenpolitischen Vision konnte Erdogan rechtskonservative Wähler mobilisieren. Er befreite viele seiner konservativen Wähler aus der Armut und kann sich auf eine breite Anhängerschaft stützen, die ihn verehrt. Das Wirtschaftswachstum zwischen 2003 und 2018 hat der Türkei zu grossem Einfluss in der Region verholfen. Erdogan will die Früchte seiner errungenen Macht ernten.

Erdogan sah die arabischen Aufstände zwischen 2011 und 2013 als Chance für diese Vision. Er unterstützte die islamistische Muslimbruderschaft. Mit seiner Unterstützung für die Aufständischen in Syrien geriet er allerdings in Konflikt mit Russland und Iran, den historischen Widersachern der Türkei, die seine Politik als Bedrohung empfanden. Die alten Rivalitäten mit Moskau und Teheran brachen wieder auf. Dank der Nahost-Initiativen Erdogans steht die Türkei in der Region isoliert da und, abgesehen von Katar, ohne Freunde.

Vor allem die Beziehungen zu Ägypten und den nahöstlichen Monarchien, die an der Seite Saudi-Arabiens stehen, wurden durch Erdogans Unterstützung der Muslimbrüder während der arabischen Aufstände ernsthaft beschädigt. Und dass türkische Behörden den saudischen Kronprinzen wegen seiner Rolle bei der Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi ins Visier nahmen, machte die Sache nicht besser. Am Ende litten in dieser Zeit auch die Beziehungen zu Washington, weil Türken und Amerikaner unterschiedliche Ansichten zum syrischen Bürgerkrieg vertraten.

Doch nach dem gescheiterten Putsch 2016, als Präsident Putin (in kluger Voraussicht) als einer der ersten ausländischen Politiker Erdogan seiner Solidarität versicherte, kam es zu einer dramatischen Wende in den türkisch-russischen Beziehungen. Erdogan hat Putins Reaktion bis heute nicht vergessen. In der Folge verständigte man sich über eine Aufteilung der Macht in Syrien, Libyen und im Südkaukasus, wenngleich Ankara und Moskau bei

zahlreichen regionalen Fragen weiterhin konträre Positionen vertreten, auch mit Blick auf das Schwarze Meer.

Ende Februar, nur wenige Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, sperrte die Türkei den Bosphorus für russische und ukrainische Kriegsschiffe. Diese Entscheidung stützte sich auf den Vertrag von Montreux (1936), wonach die Passage von Kriegsschiffen durch die Meerenge türkischer Kontrolle untersteht. Auf den ersten Blick schien diese Massnahme ein neutraler Schritt zu sein, der sich gegen beide Kriegsparteien richtete. Tatsächlich aber zielte die Schliessung vor allem auf Russland, denn die Ukraine verfügte nur über ein Kriegsschiff und einige Patrouillenboote, die sich bereits im Schwarzen Meer befanden, während fast die Hälfte der russischen Mittelmeer- und Schwarzmeerflotte (mehr als vier Dutzend Schiffe) jenseits des Bosphorus eingesetzt war.

Diese Massnahme entspricht der Schwarzmeerpolitik Ankaras, die als «pro-ukrainische Neutralität» bezeichnet werden kann. Zwar sind die Türkei und Russland die führenden Militärmächte in der Region, aber Russland ist stärker und aus türkischer Sicht ein historischer Kontrahent. Dementsprechend betrachtet Ankara die anderen Schwarzmeer-Anrainerstaaten als notwendiges Gegengewicht zu Moskau und wird alles tun, um zu verhindern, dass die Ukraine Wladimir Putin in die Hände fällt. Das schliesst die Lieferung von Drohnen an die Ukraine und eine «neutrale» Interpretation des Montreux-Vertrags ein, was de facto zu einer Schwächung der russischen Marinepräsenz führt.

### **Gegengewicht zu Moskau**

Trotz der Militärhilfe für die Ukraine legt Ankara Wert darauf, die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland nicht zu gefährden. Da im nächsten Jahr in der Türkei gewählt wird, dürfte es Erdogan geboten erscheinen, den Handel mit Russland auszubauen und russische Touristen ins Land zu holen, um die türkische Wirtschaft noch vor dem Wahltermin zu stärken.

Erdogan wirbt auch um mehr russische Direktinvestitionen. Nach seinem Treffen mit Putin am 5. August bewilligte Moskau knapp fünf Milliarden Dollar zur Fertigstellung des Atomkraftwerks Akkuyu in der Südtürkei. Diese und andere Summen haben in der Regel einen Trickle-down-Effekt auf die türkische Wirtschaft und können Hyperinflation und anderen Problemen entgegenwirken. Angesichts wachsender Kritik im eigenen Land versucht Erdogan, einen Kurs zu steuern, der pro-ukrainisch, aber nicht explizit antirussisch ist und zugleich den türkischen Sicherheitsinteressen im Schwarzen Meer sowie seinen eigenen politischen Interessen dient.

Kann Erdogan, der türkische Bismarck, dieser Virtuose der Machtpolitik, weiterhin Russland, die USA und Europa gegeneinander ausspielen und – angesichts einer geeinten, erstarkten Opposition – sogar die Wahlen 2023 gewinnen? Die Antwort ist in der wirtschaftlichen Lage der Türkei zu suchen. Sollte die Wirtschaft kollabieren und das Land gerettet werden müssen, könnte nur der Internationale Währungsfonds, in dem die USA die entscheidende Stimme haben, die erforderlichen Gelder bereitstellen. Die an diese Hilfe geknüpften Bedingungen müsste Erdogan dann akzeptieren.

Wenn sich die türkische Wirtschaft allerdings über Wasser hält – dank neuer Finanzspritzen aus Russland und den reichen Golfstaaten, zu denen Erdogan Beziehungen auf neuer Grundlage herstellen möchte –, könnte er die Wahlen knapp gewinnen. Auch, indem er weitere autoritäre und populistische Massnahmen ergreift – gegen Frauen, gegen die LGBTQ-Bewegung, gegen kurdische Nationalisten, gegen Liberale, Linke und andere Oppositionelle. Wie immer man es dreht und wendet – die Wahlen 2023 werden die wichtigsten in der Türkei seit den ersten freien, demokratischen Wahlen im Jahr 1950 sein.

xxx

## Brief aus Taschkent



Thomas Fasbender

Emire, Khane, Parteisekretäre und Präsidenten, sie kommen und gehen. Nur der Basar ist ewig. In Taschkent, Tausende Jahre lang Schnittpunkt von Handelsstrassen, die bis ins 15. Jahrhundert hinein Europa und China verknüpften, sticht der Chorsu-Basar alle übrigen aus. Unter einer riesigen, türkisch leuchtenden Kuppel reihen sich kreisförmig die Marktstände. In Säcken hoch

aufgetürmt, leuchten die Kleinodien des Orients: getrocknete Pflaumen und Aprikosen, Rosinen, honigfarben oder fast schwarz, blühend rotes Paprikapulver, scharf duftender Pfeffer, betörendes Kardamom, der dunkle Kreuzkümmel, unabdingbar für das Nationalgericht Plow, dazwischen weisse Mandeln, Walnüsse, Pistazien und mit Sesam bestreute Fladenbrote.

Nach der Einnahme Konstantinopels durch die Osmanen 1453 versank die Region im Dornröschenschlaf. Die eurasischen Handelswege waren blockiert. Verzweifelt suchten die Europäer nach Alternativen. Chinesische Seide und ostindische Gewürze: Um ihretwillen wurden ganze Kontinente entdeckt. Zentralasien wurde zur russischen Kolonie, später zum geopolitischen Niemandsland.

Schliesslich, eine Generation nach dem Verschwinden der Sowjetunion, verkündete China seine Jahrhundertinitiative «Belt and Road». Wie vor 2000 Jahren reisten chinesische Delegationen in die Länder jenseits der Wüsten Gobi und Taklamakan, jenseits der Bergketten des Tienschan. Sie kamen mit Investitionen und Krediten, bauen seither Strassen, Brücken, Grenzübergänge, Eisenbahnverbindungen und Staudämme – Infrastruktur, das Aderwerk der Zivilisation.

### ***Der Islam Zentralasiens ist weit entfernt vom Fundamentalismus Afghanistans und Arabiens.***

Taschkent City ist ein Paradebeispiel: spiegelnde Hochhäuser, vor wenigen Jahren noch unbekannt in der erdbebengeplagten Stadt. Bald werden sie sich zur Skyline verbinden. Daneben liegt der City-Park mit künstlichem See, Vergnügungsstätten und Grünflächen. Der seit 1926 bestehende Stadtpark Muhammad Babur heisst inzwischen Ecopark. Die Namen demonstrieren Weltläufigkeit. Sie symbolisieren auch das von vielen herbeigesehnte Ende der Herrschaft des ersten Präsidenten, Islam Karimow, der 2016 starb. Unter seiner Ägide war das Land nach innen gewandt, die Währung nicht konvertierbar, die Unternehmerschaft lebte in Angst.

Doch nicht nur die chinesischen Impulse treiben die Dynamik. Ein zentraler Faktor ist der Nachholbedarf der 35 Millionen Usbeken, deren Pro-Kopf-Einkommen nur ein Viertel der benachbarten Bewohner Kasachstans beträgt. Dabei ist Usbekistan das bevölkerungsreichste und am zentralsten gelegene Land der Region. Es ist zudem eines von nur zwei Ländern der Welt, das ausschliesslich von Binnenstaaten umgeben ist – man muss zwei Grenzen überqueren, bevor man zum Weltmeer gelangt. Der andere solche Staat ist Liechtenstein.

Charakteristisch für Zentralasien ist der aufgeklärte Islam. Der hat nichts zu tun mit dem westlichen Kunstprodukt eines «liberalen Islam». Er gründet auch weniger in der sowjetischen Vergangenheit als in der eigenen, 2000-jährigen Geschichte. Im 8. Jahrhundert, zum Zeitpunkt der Islamisierung, war Usbekistan bereits Heimat der Hochreligionen Zoroastrismus und Buddhismus. Das Ergebnis ist ein fernöstlich angehauchter Islam, weit entfernt vom Fundamentalismus der Berg- und Wüstenvölker Afghanistans und Arabiens. In Taschkent sind Hidschab tragende Frauen seltener als in Berlin, doch der Intensität des Glaubenslebens tut das keinen Abbruch. Nach dem freitäglichen Mittagsgebet sind die Strassen verstopft. Alkohol wird nur dort ausgeschenkt, wo auch Ausländer ein Restaurant frequentieren. Immerhin bezeichnen die USA seit dem Machtantritt des derzeitigen Präsidenten Schawkat Mirsijojew Usbekistan nicht mehr als Land, in dem die Religionsfreiheit gefährdet ist.

Was ins Auge sticht, ist der respektvolle Umgang der Menschen miteinander. Jugend ist allgegenwärtig; die Bevölkerung vermehrt sich um 2 Prozent im Jahr. Das schafft auch neue Probleme. Um mehr als 700 000 wächst die arbeitsfähige Bevölkerung jedes Jahr. Die einheimische Wirtschaft kann den Zuwachs kaum auffangen. In der Folge arbeitet mindestens jeder zehnte Usbeke im Ausland, zumeist in Russland. Auch in Westeuropa hat man das Potenzial erkannt. Künftige usbekische Migranten lernen Deutsch und werden für Pflegeberufe in Deutschland ausgebildet.

Mit dem Rückzug des Westens aus Afghanistan und der absehbaren Schwächung Russlands durch den Ukraine-Krieg steht Usbekistan jetzt vor neuen Herausforderungen. Mit neuem Selbstbewusstsein wird ihnen eine neue Generation begegnen.